



NEWSLETTER Nr. 49 / 2021

- Editorial S. 1
- 14. JT der PKM „Bildung und Gesundheit“ 19./20.11., Salzburg S. 2
- Einladung zur 14. Jahrestagung S. 3
- Kinder- und Jugendgesundheit 2030 – ein Bericht S. 4
- Neue Schikanen für pflegende Angehörige S. 5
- Gesundheitsberuferegister für Pflegeberufe und MTDs S. 6
- Medizinische Versorgung von Kinderflüchtlingen
Langsam aber doch – es hat sich was getan! S. 7
- Empfehlungen, Termine S. 8

Editorial

Medizinische ExpertInnen haben seit Covid 19 die Medienwelt fest in der Hand. Ihre anhaltende Präsenz v.a. im Fernsehen führt dazu, dass Kinder, die früher je nach Geschlecht SchauspielerIn oder Feuerwehrhauptmann werden wollten, jetzt einfache Virologin oder komplexer Epidemiologe als Traumberuf sehen. Viele PolitikerInnen und Staatsbedienstete haben diesen Kinderwunsch für sich bereits in kürzester Zeit umgesetzt und geben in den allzu aufnahmebereiten Medien laufend die neuesten Erkenntnisse ihrer Spindoktoren zu Covid 19 wieder. Da verwundert auch nicht, dass Nebenwirkungen von diesem und jenem oft erst durch die penible Recherche in Bezirks- und Gemeindestuben bekannt werden oder der Ortsparteiobmann Klarheit in das heillose Durcheinander bringen muss. Und die Metamorphose so mancher SchauspielerIn zur Virologin versteht sich ebenso von selbst wie die Kompetenz vieler anderer berufsübergreifender Multitalente.

Die politische Kindermedizin ist da weniger breit aufgestellt. Wir halten uns lieber an den Uraltsspruch (kennen Sie den noch?) „Schuster bleib bei deinem Leisten!“. Die Beiträge in diesem Newsletter belegen unsere wenig zeitgeistige „Engstirnigkeit“:

Unser Obmann Christian Popow lädt Sie ganz klassisch (ohne Lotterie oder ähnlichem), aber inhaltlich wohl begründet auf S.3 zu unserer 14. Jahrestagung ein, die so und so (Präsenz und Online) im November stattfinden wird. Die Zahl der für „Bildung und Gesundheit“ kompetenten Menschen, die sich dort als ReferentInnen versammeln werden, kann sich sehen lassen. Schauen

Sie sich das Programm an, es ist garantiert frei von selbst ernannten ExpertInnen.

Sonja Gobara berichtet ab S.4 von einer spannenden Veranstaltung, die unter dem zweifelsfrei zukunftsorientierten Titel „Kinder- und Jugendgesundheit 2030“ auch von Menschen gestaltet wurde, die zu dem Thema tatsächlich etwas zu sagen haben.

Eine Expertin der ganz besonderen Art ist Irene Promussas, die als Obfrau des Selbsthilfedachverbands „Lobby4kids“ und auch selbst Betroffene ab S.5 von neuen unverständlichen Hürden berichtet, die sich unsere Bürokratie für pflegende Angehörige ausgedacht hat.

Über den Stand und Limitierungen des erst 2018 eingeführten Gesundheitsberuferegisters schreibt Irmgard Himmelbauer ab S.6. Die Leiterin der AG „Kostenfreie Therapien“ befasst sich seit über 10 Jahren mit dem Thema und hat sich bisher zwar lautstark zu direkten Auswirkungen unterlassener Therapien geäußert, aber z.B. nicht zu Nebenwirkungen von diesem und jenem.

Nicole Grois ist eine der aufrechten Pädia-terInnen, die sich mit größtem Einsatz der Betreuung besonderer Kinder in ihrer Praxis in Wien verschrieben hat, insbesondere auch der von Kindern mit Fluchterfahrung. Sie weiß also wovon sie schreibt, wenn sie uns ab S.7 von Verbesserungen in der medizinischen Versorgung von Kinderflüchtlingen berichtet. Nicht zuletzt gehen die ja auf ihre Initiative und ihr Engagement zurück.

Wir freuen uns schon auf ein Treffen mit kompetenten Menschen in Salzburg,

*Rudolf Püspök
Herausgeber*

14. Jahrestagung der Politischen Kindermedizin

Bildung und Gesundheit



Foto: © Rudolf Püspök

19./20. November 2021
Salzburg

Die Jahrestagung wird als Hybridveranstaltung (Präsenz und Online) geplant, bei unerwarteten Covid-Beschränkungen findet sie Online statt

Paracelsus Medizinische Privatuniversität

Ehrenschutz:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, BM f. Bildung, Wissenschaft und Forschung

!!Bitte reservieren Sie rechtzeitig Ihre Unterkunft in Salzburg!!

Das komplette Programm und weitere Informationen finden Sie unter
http://www.polkm.org/meetings/ann_meeting_21/salzb_21.pdf

Programmübersicht

Freitag, 19.11. 10-18 Uhr

- Bildung und Gesundheit
 - Einführung zum Thema
 - Das Recht der Kinder auf Förderung, Bildung und Gesundheit
 - Macht Schule krank?
 - Ökonomische Aspekte der Bildungsversäumnisse
- Inklusion
 - Schulische Inklusion in Österreich, Ausgangslage, Entwicklungen, Chancen, Herausforderungen
 - Inklusionsarbeit der School Nurse
 - Inklusion – Sicht der Eltern
 - Inklusion – Sicht der SchülerInnen

- Inklusion – Gelingende Beispiele
- Round Table: Gute Bildung für alle Kinder?

Samstag, 20.11. 9-13 Uhr

- Gesundheit und Schule
 - Wie gelingt gesundes Aufwachen in der Tagesbetreuung?
 - Eine kinderrechtstaugliche Schule
 - Die Corona-Chance: 7 Schritte zur „Resilienten Schule“
 - Die Zukunft der Schule im Licht moderater Skepsis
 - Gesunde und nachhaltige Schule – eine Vision
- Abschlussdiskussion

Einladung zur 14. Jahrestagung der PKM: Bildung und Gesundheit

Die Politische Kindermedizin lädt Sie herzlich zu ihrer 14. Jahrestagung mit dem Titel „Bildung und Gesundheit“ in Salzburg, am 19. und 20.11.2021 ein! Das Thema erscheint uns besonders wichtig, wir konnten besonders interessante ReferentInnen gewinnen und würden uns auch über Ihr Interesse und Ihre Diskussionsbeiträge besonders freuen! Da noch unklar ist, ob die COVID-19 Pandemie eine persönliche Teilnahme erlauben wird, haben wir die Tagung als Hybridveranstaltung geplant, würden uns aber ganz besonders freuen, Sie persönlich in Salzburg begrüßen zu dürfen!

Bei der Planung der Jahrestagung, die schon vor fast 2 Jahren begonnen hat, wussten wir noch nicht, welche besondere Bedeutung das Leitthema bekommen würde. Damals waren die Aspekte der wechselseitigen Beziehung zwischen Bildung, Gesellschaft und Gesundheit im Vordergrund. Bildungsunterschiede sind eindeutig sozial bedingt, auch demokratische Strukturen ermöglichen leider nur wenig vertikale Mobilität, die viel zitierte Chancengleichheit ist eine nicht erreichte Idealvorstellung. Immerhin hat der Prozentsatz der MaturantInnen seit den Kreisky'schen Reformen deutlich zugenommen, das Erreichen der nächsten Ebene wurde aber durch Antireformen erschwert (zusätzliche universitäre Eignungsprüfungen und finanzielle Hürden bei längerer Studiendauer). Dabei bestehen große soziale und regionale Unterschiede.

Gleichzeitig haben Bildungsunterschiede politische und soziale Konsequenzen, auch, wenn die Leser der politisch beeinflussten Gratiszeitungen in allen Schichten zu finden sind, ist die Reduktion auf dieses Format schichtspezifisch, die unkritische Haltung gegenüber rhetorisch gut verpackten politischen Versprechungen zumindest teilweise ebenfalls. Vorwiegend mütterliches und allgemeines Bildungsniveau bestimmen den Transfer und die Verarbeitung von Wissen, Fähigkeiten und Werten auf die nächste Generation und damit auf die Gesellschaft. Lebenseinkommen, Lebens-

zufriedenheit, Gesundheit und Lebenserwartung sind eindeutig bildungsabhängig. Dies betrifft auch die Integration strukturell benachteiligter Menschen.

Die noch immer nicht „besiegte“ COVID-19 Pandemie hat diese Unterschiede dramatisch verdeutlicht: die individuellen, auch altersspezifischen Auswirkungen von Lockdowns, Isolation, wirtschaftlichen Nachteilen, Desintegration, Bildungsdefiziten und gesundheitlichen Sekundärfolgen sind ebenfalls sozial und regional unterschiedlich. Waren zunächst die isolierten Älteren betroffen, die im Altersheimzimmer wegen vitaler Bedrohung eingesperrt wurden, so zeigte sich mit zunehmender Dauer der allgemeinen Maßnahmen die – ebenfalls sozial und regional unterschiedliche – Bedrohung der arbeitenden Bevölkerung (Kurzarbeit und Zunahme der Arbeitslosigkeit) und insbesondere die deutliche Beeinträchtigung der jungen Generation: Zunahme häuslicher Gewalt, ein Dualismus von fehlender schulischer Unterstützung und Überforderung mit Verlust von mindestens einem Schuljahr, mangelnde sportliche Betätigung, fehlende Peer Group Interaktion und Integration, und damit eine Zunahme psychisch bedingter Beeinträchtigungen, vor allem depressiver, Angst-, Zwangs- und Essstörungen, Computerspielabhängigkeit, selbstverletzenden und substanzabhängigen Verhaltens sowie der Suizidalität.

Ein weiteres Phänomen ist die zunehmende und wenig rational begründete Polarisierung der Gesellschaft in COVID-Ängstliche und COVID-Leugner, Geimpfte und Impfgegner.

Die Politische Kindermedizin möchte daher mit ihrer Tagung einen Beitrag nicht nur zum Verständnis, sondern auch zur Überwindung insbesondere der bildungsbedingten Benachteiligungen leisten, eine Aufgabe, die die Zukunft von uns allen bestimmen wird. Wir würden uns daher wirklich sehr freuen, wenn Sie uns bei dieser Aufgabe unterstützen würden!

*Christian Popow
Obmann der PKM*

Kinder- und Jugendgesundheit 2030



© DI Robert Alexander Herbst

Am 24. Juni 2021 fand bei tropischen Temperaturen in Reichenau an der Rax ein Kinder- und Jugendgesundheitstag auf Einladung des Praevenire Gesundheitsforums und des Fördervereins Kinder- und Jugendlichenrehabilitation in Österreich statt.

Es handelte sich um eine hochkarätige Veranstaltung, bei der nicht nur zahlreiche politische Entscheidungsträger – Landeshauptfrau-Stellvertreter Dr. Stephan Pernkopf (zuständig für Energie, Landeskliniken und Landwirtschaft), Ulrike Königsberger-Ludwig (Landesrätin für Soziale Verwaltung, Gesundheit und Gleichstellung), sowie der Generaldirektor der ÖGK Mag. Bernhard Wurzer vertreten waren, sondern auch zahlreiche ExpertInnen aus dem Bereich Kinder- und Jugendgesundheit.



© photonews.at/Georges Schneider
von links: Pernkopf, Wurzer, Königsberger-Ludwig, Wieser

Den ganzen Tag wurden vier priorisierte Themen abgehandelt.

1. Kinder- und Jugendrehabilitation
2. Sicherstellung pädiatrischer Grundversorgung
3. Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen
4. Coronafolgen

Zum Thema „**Kinder- und Jugendrehabilitation**“ gab es Beiträge von Markus Wieser, Gründer und Obmann des Fördervereins Kinder- und Jugendlichenrehabilitation in Österreich, aber auch von Prim. Univ.-Prof. Dr. Peter Grieshofer, langjähriger Leiter der Kinderreha Judendorf-Straßengel und Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Sperl, Rektor der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Salzburg.

Es ging vor allem um die ungeklärte Regelung zu Begleitpersonen von Kindern und die sozialrechtlichen Voraussetzungen. Im Moment ist die nur für die familienorientierte Reha nach onkologischen Erkrankungen geklärt und gewährleistet. Laut Markus Wieser gab es im Anschluss an den Kinder- und Jugendgesundheitstag bereits weitere Gespräche mit den Sozialversicherungsträgern, um auch für andere Krankheitsbilder entsprechende Möglichkeiten für die Eltern zu schaffen.

Das zweite Thema „**Sicherstellung pädiatrischer Grundversorgung**“ wurde von Univ.-Prof. Dr. Daniela Karall, Präsidentin der ÖGKJ, präsentiert, mit den bereits vorhandenen Lösungsvorschlägen (siehe Pressekonferenz der ÖGKJ am 10.03.2021 im Cafe Landtmann) und einem völlig neuen Modell, das in der Obersteiermark verwirklicht werden soll („Operation Bergdoktor“), wo eine enge Kooperation zwischen extra- und intramuralem Bereich geschaffen wird. Die Kinder- und Jugendabteilung LKH Hochsteiermark/Leoben soll hier die extramurale Versorgung zusätzlich abdecken.

Niederösterreich ist ja leider „Spitzenreiter“ bei den unbesetzten Kassenstellen. Auch hier sollten kreative Modelle zur Versorgung der Kinder- und Jugendlichen zur Anwendung kommen. Auch von mir wurde bereits bei allen Verantwortlichen das Modell einer dislozierten Ambulanz für die Landeshauptstadt St. Pölten, die seit Ende Dezember 2020 über keinen Kassenkinderarzt mehr verfügt, eingebracht.

Auch Landeshauptfrau-Stellvertreter Pernkopf betonte, dass das Land Niederösterreich, obwohl primär nicht für den nieder-

gelassenen Bereich zuständig, ein verlässlicher Kooperationspartner sei, um die Primärversorgung für die Kinder- und Jugendlichen abzudecken.

Im dritten Themenbereich ging es um die **Gesundheitskompetenz** von Kindern und Jugendlichen. Auch hierzu gibt es auf Initiative von Markus Wieser bereits weitere Gespräche, insbesondere was die Verankerung von entsprechenden Modulen im Bereich der Schulen anbelangt.

Der vierte Themenbereich, der ebenso wie die anderen auch in einer Arbeitsgruppe abgehandelt wurde, befasste sich mit **Coronafolgen** für die Kinder- und Jugendgesundheits. Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Paul Plener, Leiter der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der MedUni Wien, hat die aktuelle Studienlage präsentiert, wobei in der Arbeitsgruppe Einigkeit herrschte, dass Corona vor allem eine Lupe auf die bereits vorher und seit langem bestehenden Versorgungsdefizite im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheits gelegt hat. Wir erinnern an die Resolutionen der Politischen Kindermedizin aus den vergangenen Jahren, aber auch anderer Kinderlobbyisten, was den Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie aber auch der kostenfreien Diagnostik und Therapieplätze für Kinder und Jugendliche anbelangt.

Die Ergebnisse der Tagung sollen in einer neuen Weißbuchversion 2021/2022 veröffentlicht werden, um diese der Politik übergeben zu können. Es freut uns als Politische Kindermedizin, die wir uns bereits seit langem für die Kinder- und Jugendgesundheits einsetzen, so hochkarätige Mitstreiter auszumachen und wir hoffen, dass der Slogan

„Koste es was es wolle!“

künftig auch für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gelten wird.

Sonja Gobara

Weitere Infos unter
<https://praevenire.at/kinder-und-jugendgesundheits-2030/>

Neue Schikanen für pflegende Angehörige?



Foto © Anja Grundböck

Die gar nicht so kleine Gruppe der pflegenden Angehörigen ist es gewohnt, mit Unbill zu kämpfen. Zwar hätte sie genug zu tun mit der Pflege und Betreuung ihrer Lieben, aber behördlichen Kummer ist man eben auch gewohnt.

Muss eine betroffene Familie ohnehin schon ihr Leben nach einer Behinderung oder chronischen Krankheit eines ihrer Mitglieder richten, so kommen noch Begutachtungstermine, Behördenwege, Formulare, Einsichten in das Privatleben und das Einkommen hinzu – Dinge, mit denen sich Nichtbetroffene nie auseinandersetzen müssen.

Trotzdem braucht es keine neuen Schikanen. Im Laufe dieses Sommers wurde vielen Kindern mit Behinderungen, darunter auch vielen jungen Erwachsenen, die die erhöhte Familienbeihilfe an und für sich lebenslang bewilligt bekommen haben, diese plötzlich nicht mehr ausbezahlt – auch wenn ein Neuantrag zum Beispiel schon im Frühling gewährt wurde.

Dies führte dazu, dass beispielsweise Therapien unterbrochen werden mussten oder erst recht wieder die Eltern einspringen mussten, wenn junge Erwachsene mit Behinderung schon auf einem relativ selbständigen Weg waren. Bedrückend daran war die Vorgehensweise: ohne eine Benachrichtigung blieb die Beihilfe einfach aus – erst auf Anfrage bekamen Angehörige mehr oder weniger aussagekräftige Antworten. Familien berichteten, dass sofort wieder aufgelegt wurde, nachdem sie die dürftige Auskunft bekommen hatten: „Das kann auch noch Monate dauern...“

Behindertenverbände wie Bizeps fragten direkt beim Finanzminister an. Medien wie „Moment“ brachten Artikel darüber. Des Rätsels Lösung: während des ersten Pandemiejahres wurden zur Erleichterung die Einkommensüberprüfungen ausgesetzt. Das werde jetzt nachgeholt, erfuhr man aus den Medien. Eine Aufstockung des Personals war dieser Kraftakt dem Ministerium aber nicht wert.

Um eines klarzustellen: wir pflegenden Angehörigen haben nichts gegen eine Überprüfung unserer Verhältnisse, denn wir sind ohnehin gewohnt, gläserne Menschen zu sein. Keine Beihilfe, sei es Pflegegeld, Mindestsicherung oder erhöhte Familienbeihilfe wird einfach gewährt, immer geht dem ein langer Überprüfungsprozess voraus, der sich regelmäßig wiederholt, auch wenn keine Veränderung der Situation des Betroffenen in Aussicht ist.

Was wir uns wünschen, ist ein achtsames, wertschätzendes Umgehen mit uns. Wir haben ein Recht darauf, benachrichtigt zu werden, wenn vorübergehend eine – oft lebensnotwendige – Beihilfe nicht ausbezahlt wird. Es stünde dieser vulnerablen Gruppe außerdem zu, dass rasch und umsichtig gehandelt wird. Für so Vieles wird Geld locker gemacht, es muss doch möglich sein, zusätzliches Personal für so eine Übergangsphase zu rekrutieren!

Vielleicht kann sich das im Ministerium niemand vorstellen, aber für die meisten pflegenden Angehörigen sind diese Beihilfen essentiell, selbst wenn sie kein direktes Einkommen darstellen. Und für viele junge Erwachsene sind sie ein unverzichtbarer Beitrag zu gelebter Selbständigkeit.

Herr Finanzminister, please act!

*Irene Promussas
Obfrau Lobby4Kids*



Gesundheitsberuferegister für Pflegerufe und MTDs



Seit Juli 2018 werden alle Angehörigen der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (GuK-Berufe) sowie der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (insgesamt 7 MTD-Berufe) in einem elektronischen Register verpflichtend erfasst.

Ein Ziel des Registers ist es, die beruflichen Qualifikationen aller betroffenen Berufsangehörigen einsehbar zu machen. Vor allem aber liefert das Register valide und vergleichbare Daten, wie viele Berufsangehörige in welchen Settings (Krankenanstalten, Pflegeeinrichtungen, Ambulatorien, Freiberufliche und andere) in welchem Bundesland tätig sind. In einem Jahresbericht sind die Daten statistisch aufbereitet:

https://goeg.at/JB_Gesundheitsberuferegister.

Hier kann man zum Beispiel sehen, dass in den Bereichen Ergotherapie/Logopädie/Physiotherapie insgesamt 22.200 Berufsangehörige in Österreich registriert sind, von denen 8.281 auch freiberuflich tätig sind, wobei den weitaus größten Anteil PhysiotherapeutInnen ausmachen.

Das online-Register ist für alle Interessierten unter <https://gbr-public.ehealth.gv.at> öffentlich einsehbar. Im Onlineregister kann man zum Beispiel funktionelle TherapeutInnen nach diversen Kriterien suchen: über verpflichtende Einträge wie Namen oder Berufssitz sowie die Art der Berufsausübung (angestellt oder freiberuflich) oder über freiwillige Einträge wie „Zielgruppe“, „Sonderausbildungen“, „Fremdsprachkenntnisse“ und anderes. So kann man etwa alle freiberuflich tätigen PhysiotherapeutInnen in Wien abrufen oder Detail-

Informationen über alle namentlich angegebenen TherapeutInnen einsehen.

Die für PatientInnen relevante Suche nach VertragstherapeutInnen und/oder Zielgruppe/Fachbereich (z.B. „Vertrags-PhysiotherapeutIn Fachbereich Kinder in Wien“) funktioniert aktuell aber noch nicht. Will man wissen, ob und wie viele VertragstherapeutInnen es in den Bundesländern gibt, muss man derzeit direkt über die Homepage der Sozialversicherung suchen. Aber auch dort sind die fachlichen Schwerpunkte der Vertragspartner nicht oder unvollständig gelistet.

Grundsätzlich liefert das Gesundheitsberuferegister interessante und wertvolle, öffentlich zugängliche Daten über das Angebot therapeutischer und pflegender Berufe in Österreich. Die Suchfunktion könnte allerdings im Hinblick auf Fachbereiche und Kassenverträge noch optimiert werden, damit es von PatientInnen zur gezielten TherapeutInnensuche genutzt werden könnte

Irmgard Himmelbauer.

Medizinische Versorgung von Kinderflüchtlingen

Langsam aber doch – es hat sich was getan!



Von der Arbeitsgruppe Flüchtlingskinder wurde 2016/7 eine Kommunikationsmappe, genannt das „Mapperl“ erarbeitet, um den Informationstransfer zwischen den verschiedenen und oft wechselnden betreuenden Institutionen von Kinderflüchtlingen, der oft durch Sprachschwierigkeiten und Ortswechsel erschwert wird, zu verbessern. Es folgten jahrelange frustrane Bemühungen, dieses „Mapperl“ unter KollegInnen und öffentlichen Stellen publik zu machen.

Im Jahr 2019 wurde die Erstversorgung von AsylwerberInnen durch das Bundesministerium umstrukturiert. Die BBU (Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen) übernahm am 1.12.2020 die Agenden von ORS (Organisation für Regie- und Servicetätigkeiten), dem Unternehmen, das bislang die Flüchtlingsbetreuung in Österreich betrieben hat. Das Verteilzentrum Nußdorferstraße in 1090 Wien wurde in weiterer Folge eine BBE (Bundesbetreuungseinrichtung) unter der Leitung von Gernot Kues. Alle Familien, die neu in Wien ankommen, werden dort betreut und alle werden medizinisch untersucht.

(Fast) alle Kinder wurden zur Untersuchung in unsere Kinderordination Alsergrund geschickt, die in den letzten Jahren sehr viel Erfahrung in der Betreuung von Kinderflüchtlingen sammeln konnte bzw. musste, da es in 1090 Wien mehrere Betreuungseinrichtungen gab und noch gibt.

Es entwickelte sich eine gute persönliche Zusammenarbeit mit Gernot Kues, mit dem Ziel, die Versorgung zu verbessern und effizient zu gestalten. Das „medizinische Begleitblatt des BBU“ wurde mit dem „Mapperl“ fusioniert und vereinheitlicht und im April 2021 offiziell vom BBU österreichweit ausgerollt.

Alle Kinder werden mit diesem Dokument ausgestattet, das alle wichtigen Daten über Herkunft, Sprache, Betreuungsinstitutionen und medizinische Diagnosen beinhaltet und außerdem auch einen Laufzettel bereitstellt, in dem die jeweils aktuellen Informationen zu Arzt- oder Therapeutenbesuchen und das weitere Procedere eingetragen werden, sodass die weiteren Betreuer davon in Kenntnis gesetzt sind. Das ist insofern besonders wichtig und sinnvoll, da ja meist gravierende Sprach- und Verständnisprobleme bestehen, v.a. bei neu angekommenen Familien, und in den Ordinationen so gut wie nie Dolmetscherunterstützung vorhanden ist. Das führt ohne Laufzettel oft zu Missverständnissen mit unterlassenen Therapien, unterlassenen Folgearztterminen und dadurch zu einer schlechteren medizinischen Versorgung.

Anfang September hat sich die Versorgung der Kinderflüchtlinge in Wien noch weiter verbessert durch die Eröffnung der „Ambulanz für Migrationsmedizin“ im Klinikum Ottakring vom Wiener Gesundheitsverbund unter der Leitung von Dr. Florian Götzinger. Dorthin werden „neue Kinder“ vom BBE rasch nach der Ankunft überwiesen und gemäß unserer publizierten Empfehlungen (Pädiatr Pädolog 2016, 51:51-58 oder <http://www.polkm.org/archive/Fluechtlinge%20Med%20Massn%202016%20Paed%20Paedol.pdf>) erstuntersucht. Kinder mit psychischen Problemen werden zu HeMayat, dem Betreuungszentrum für Folter- und Kriegsüberlebende überwiesen, wo es spezielle Kindergruppen und TherapeutInnen für Kinder mit Traumaerfahrung gibt.

Vom Klinikum Ottakring erhalten alle Kinder einen Brief mit den erhobenen Befunden und Vorschlägen für das weitere Procedere und werden dann an niedergelassene KinderfachärztInnen in Wien verwiesen zur Durchführung der notwendigen Impfungen und Routinekontrollen.

Durch diese Zusammenarbeit hat sich die Versorgung der Kinderflüchtlinge in Wien deutlich verbessert und sollte als Modell für die Bundesländer hergenommen werden. Trotz dieses Fortschritts leiden aber sämtliche beteiligten Stellen unter Ressourcenmangel – zu wenig Personal für eine wieder steigende Zahl von Kinderflüchtlingen und vor allem in den niedergelassenen Ordinationen keine adäquate Entlohnung für den erheblichen zeitlichen Mehraufwand und die mangelnde Dolmetscherunterstützung.

Es bleibt zu hoffen, dass die verantwortlichen Stellen hier ein Problembewusstsein entwickeln und die engagierten Betreuungseinrichtungen bedarfsgerecht unterstützen.

Eine gute medizinische Versorgung der Kinderflüchtlinge ist absolut unabdingbar für das Gelingen der Integration und eine Ausgabe der öffentlichen Hand, die sich jedenfalls langfristig lohnt.

Nicole Grois
Leiterin AG „Kind-Arm-Krank“
und AG „Flüchtlingkinder“

Empfehlungen, Termine



In ihrem neuesten Newsletter berichtet die Arbeitsgruppe „Schwerpunkte und Netzwerke für Seltene Erkrankungen“ von einem wesentlichen Fortschritt für einen Teil der PatientInnen, die eine Enzymersatztherapie brauchen. In Wien konnten sich die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) und der Wiener Gesundheitsverbund auf eine gemeinsame Finanzierung von Heimtherapien einigen. Details und Kommentare dazu finden Sie unter dem Link <http://www.polkm.org/newsletter-rare-diseases/newsletter-rare-diseases-21-3.pdf>

Dachverband der Österreichischen Sozialversicherungen



8. Symposium zu Kinder- und Jugendgesundheit 25. November 2021

Corona - Auswirkungen & Entwicklungen in der Kinder- & Jugendgesundheit

Hybrid-Veranstaltung unter Einhaltung der dann geltenden COVID-19-Vorgaben

Organisation: Ing. Stephanie Drahos, MA
kindergesundheit@sozialversicherung.at

[Kinder- und Jugendgesundheits-symposium 2021 \(sozialversicherung.at\)](http://www.kinder-und-jugendgesundheits-symposium-2021-sozialversicherung.at)

Impressum / Offenlegung (§§ 24,25 MedienG)

Medieninhaber und Herausgeber Verein Politische
Kindermedizin, 3100 St. Pölten, Defreggerstr. 6/17

E-Mail: office@polkm.org

Homepage: www.polkm.org

Für Inhalt und Zusammenstellung verantwortlich:

Prof. Dr. Christian Popow, Prim. Dr. Sonja Gobara,
Prof. Dr. Reinhold Kerbl und Dr. Rudolf Püspök.

Weitere Beiträge in Verantwortung der jeweiligen
Autoren.

Fotos: © Copyright ist bei den jeweiligen Fotos an-
gegeben

Erklärung über die grundlegende Richtung im Sinne
des § 25 Abs 4 MedienG: Der Newsletter der Politi-
schen Kindermedizin unterstützt die Umsetzung der
statutarischen Vereinszwecke

(<http://www.polkm.org/statuten.pdf>), insbesondere
die Punkte

- Stärkung des Bewusstseins für die gesellschaftli-
che Verantwortung in der Kindermedizin und
- Aufzeigen und Veröffentlichen von Defiziten und
deren Ursachen in der medizinischen Versorgung
von Kindern und Jugendlichen

Kontakt, Informationsaustausch oder Beendigung
der Zusendung unter office@polkm.org